

**Sitzung des Ausschusses III vom 6. April 2023**

1313. Frage: Herr Jerusalem (ECOLO)

Thema: **Paragemeinschaftliche Einrichtung für Förderpädagogik**

---

Es gilt das gesprochene Wort!

---

Frage

Erneut bringen wir das Thema der neuen paragemeinschaftlichen Einrichtung für das Förderschulwesen hier an.

Ich möchte vorab bemerken, dass wir uns nicht mitgenommen fühlen. Ich habe zum Abschluss der Bürgerversammlung zur schulischen Inklusion unterstrichen, dass wir dem angestrebten Prozess gerne eine Chance geben wollen und dazu stehe ich nach wie vor. Das Problem ist aber, dass dieser Prozess für uns absolut unsichtbar verläuft.

Wir stellen uns nach wie vor die Fragen zu diesem Prozess, zum Beispiel die des Mehrwerts dieser Einrichtung für die Kinder, die der Konsequenzen, die die Gründung der Einrichtung für das Personal der heutigen und zukünftigen Förderschulen hat, die Frage des Nutzens der Erfahrungen der Pilotschulen, die die hoch- und niederschwellige Förderung zusammengelegt hatten, was ja auch von den Mitgliedern der Bürgerversammlung gefordert wurde.

Offenbar sind wir aber nicht der Einzigen, denen der nötige Einblick fehlt. Auch Mitglieder des Personals der beiden Förderschulen werden offenbar im Ungewissen gelassen. Einige Personalmitglieder sind aktuell auf dem Kenntnisstand, dass bereits im kommenden Schuljahr alle Integrationslehrer der neuen paragemeinschaftlichen Einrichtung angehören werden. Die Pater Damian Förderschule bleibt allerdings weiterhin in alter Form bestehen. Beides steht unserer Wahrnehmung nach im Widerspruch zueinander.

Auch gibt es Echos aus den Kreisen des Personals, dass sich dieses im laufenden Prozess nicht mitgenommen fühlt, obwohl von Regierungsseite der partizipative Charakter unterstrichen wird. Dabei sind es doch gerade die betroffenen Lehrpersonen, die vermutlich besonders wertvolle Erkenntnisse dazu liefern könnten, welche Form der Anstellung wohl für sie am wirkungsvollsten und welche Form der Förderung für die Kinder am effektivsten wäre.

Insgesamt sehen wir einfach nicht klar, wie der aktuelle Prozess verläuft und wünschen uns daher auch für einige betroffene Personen ein umfangreiches Update.

Daher unsere Frage an Sie, Frau Ministerin:

- *Wie ist der aktuelle Stand der Dinge in Bezug auf die neue paragemeinschaftliche Einrichtung für das Förderschulwesen?*

## Antwort

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

aufgrund der enormen Komplexität aller Themen rund um die Förderpädagogik und auf Empfehlung der hinzugezogenen Experten Born, Piller und Stracke-Mertes wurde im Dezember 2022 die Reform der Förderpädagogik in zwei Phasen aufgeteilt.

Die erste Phase wird sich bis zum Ende dieser Legislaturperiode weiterhin mit der Gründung der paragemeinschaftlichen Einrichtung für Förderpädagogik befassen. Es handelt sich um einen institutionellen Prozess, dessen Hauptzielsetzung darin besteht:

- die Kräfte und das Knowhow von PDF und ZFP auf Grundlage der Absichtserklärung von Dezember 2021 zu bündeln,
- die juristische Vorbereitung weiterer Reformen,
- die Reduzierung der Systemkomplexität durch die Überwindung der Netzlogik und die Gründung einer **gemeinsamen** Einrichtung zur Förderung der **Inklusion**, was einmalig in Belgien und richtig und wichtig ist, das bestätigen uns auch die Experten,
- die dekretale Verankerung von BVA-Stellen, die aktuell an PDF und ZFP organisiert werden und damit die Schaffung von dienstrechtlichen Perspektiven und Sicherheiten für zahlreiche Personalmitglieder,
- die Erarbeitung des Reformprojektes zwischen den beiden Gründerpartnern, bilateral und gleichberechtigt in Form eines Begleitausschusses bestehend aus Vertretern beider Träger und Schulen, die in ihren Einrichtungen über den aktuellen Projektverlauf berichten und den Standpunkt ihrer Einrichtung einholen,

- die Einbindung der Gewerkschaften in diesen Gründungsprozess durch regelmäßigen Austausch.

Die Gründung der Einrichtung bedarf einer dekretalen Grundlage, die in diesem Hause verabschiedet werden wird.

In der zweiten Phase werden die strategischen Überlegungen im Bereich der Förderpädagogik im Rahmen der Gesamtvision weiterentwickelt. Auch an der Entwicklung der Gesamtvision sind alle Akteure gleichberechtigt beteiligt. Wir sind zurzeit dabei, die Stellungnahmen der Schlüsselakteure zum Visionsentwurf zu sichten und die Vision entsprechend anzupassen. Auf der Grundlage der Vision werden wie Sie wissen, Maßnahmen zur Erreichung dieser Vision entwickelt. Dazu gehören auch Maßnahmen, um die strategischen Ziele im Bereich der Förderpädagogik zu erreichen. Die Umsetzung dieser Maßnahmen soll bekanntlich in der nächsten Legislaturperiode erfolgen. Kleinere Reformvorhaben, die zur Umsetzung der Vision beitragen, werden eventuell noch in dieser Legislaturperiode durchgeführt. Das könnte beispielsweise die Analyse und Anpassung von bestehenden Verfahren und Praktiken sein, ich denke da zum Beispiel an das Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs, die Förderkonferenzen oder die Kooperationsverträge zwischen Förderschule und Regelschule. Dabei beraten wir uns mit den genannten Experten um zu prüfen, welche Maßnahmen sinnvoll und kurzfristig umsetzbar sind.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, dass die Gründung der Einrichtung und die damit verbundene Überwindung der Netzlogik positive Veränderungen zum Wohl der Schüler bezwecken. Zu den Zielen der Reform gehören

- die Reduzierung der Systemkomplexität durch die Gründung einer gemeinsamen Einrichtung,
- die Qualitätssicherung mit dem Ziel der bestmöglichen Förderung,
- die Optimierung des Personaleinsatzes im Bereich der Integration;
- die Bündelung des Knowhows und der Dienstleistungen für Regelschulen in einem Dienst für Beratung und Unterstützung,
- und der Wissenstransfer zwischen Integrationslehrern, Fachberatern und Förderschullehrern.

Das Wohl und die beste mögliche Förderung der Schülerinnen und Schüler stehen stets im Mittelpunkt aller Reformüberlegungen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.